

# Sächsisch-Völkische Volkszeitung

## Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Versteht täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.  
Ausgabe A: Mit der Zeit in Wort und Bild. Vierteljährlich 2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,52 M.  
Ausgabe B: Ohne Illustrationen. Vierteljährlich 1,80 M. In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,22 M. - Einzel-Ex. 10 Pf. - Zeitungspreis: R. 0553.

Abonnenten werden die gescheitene Beilage oder deren Raum mit 15 J. Reklamen mit 50 Pf. die Zeile bezahlt, bei Wiederholungen aufzubrechen haben.

Redaktions- und Geschäftsstelle:  
Dresden, Pillnitzer Straße 43. - Fernsprecher 1306  
Für Rückgabe unterliegt. Schriftführer keine Verbindlichkeit  
Redaktions- und Geschäftsstelle: 11-12 Uhr.



**Uhren, Ketten, Ringe**  
für den Weihnachtstisch  
**H. Lorenz, Dresden-A.**  
Schössergasse 4  
Für reelle Bedienung bürgt mein 60jähr. Bestehen.

**Vorzügliches Christbaum-Konfekt**  
Pfund von 60 Pf. an.  
**Lebkuchen, Dresdner und Nürnberger**  
kaufen Sie in bekannten guten Qualitäten bei  
**Gerling & Rockstroh.**  
Niederlagen in allen Stadtteilen.

Massenkonsum erhalten hat, so dankt es dies dem Zentrum. Die Ablehnung der Erbschaftsteuer erfolgte aus wohlwolligen Gründen. Unter der Erbschaftsteuer hätte besonders der Erbe von Grundbesitz schwer gelitten, während das mobile Kapital sich derselben hätte leicht entziehen können. Der Leitsatz des Zentrums: Ohne Heranziehung der Leistungsfähigen, insbesondere auch des Großkapitals, gibt es keine Finanzreform - führte zur Erhöhung der Einkommensteuer, zu einem Stempel auf Zinsen, Bankzinsen und Nachsteuer auf langfristige Wechsel. Von Seiten der Liberalen und sozialdemokratischen Gegner wird die Sache nun so dargestellt, als ob die Belastung des Volkes durch die Ablehnung der Erbschaftsteuer erfolgt sei. Selbst große Organe haben diese falsche Behauptung aufgestellt. So ist es gekommen, daß das Volk gegen den schwarz-blauen Bloß aufgereizt wurde. Die Liberalen haben damit sich selbst keinen Dienst erwiesen, sondern nur den Sozialdemokraten Vorschub geleistet; ihre Kandidaten werden vielmehr bei den nächsten Wahlen im „roten“ Meer untertauchen. Das deutsche Volk hat in seiner Gesamtheit den Nachteil, wenn nicht dieser Verheugung ein Ziel gesetzt wird. Es muß wieder ein Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien gegen die Umsturzparteien stattfinden; es ist eine nationale Notwendigkeit. Ein schwarz-blauer Bloß existiert nur in der Phantasie der Gegner. Wer die Arbeiten der Reichstages studiert, findet, daß das Zentrum und die Konservativen bei manchen wichtigen Vorlagen andere Wege gehen, also nicht Verbündete sind.

### Große Zentrumsversammlung in Dresden.

Den Besucher der großen öffentlichen Männerversammlung, die der Zentrumswahlverein für das Königreich Sachsen am vorigen Sonntag veranstaltete, umfing ein stolzes Gefühl, wenn er die stattliche Zahl der Anhänger des Zentrums betrachtete, die aus allen Ständen herbeigeeilt waren und aufmerksam den Ausführungen des Redners lauschten. Man hätte vermuten sollen, daß die Nähe des Weihnachtsfestes einen nachteiligen Einfluß auf die Beteiligung an der Versammlung hätte ausüben können. Trotzdem war der große Saal des Gesellenhauses bis auf den letzten Platz gefüllt und sogar die Damen waren so zahlreich erschienen, daß die Galerie, die für dieselben reserviert war, nicht ausreichte. Es war indes nicht zu verwundern, daß die Versammlung einen so starken Besuch aufwies, da als Redner der gefeierte Reichstagsabgeordnete Herr Oberlandesgerichtsrat Dr. Marx aus Düsseldorf angekündigt war, der schon als Präsident des Katholikentages in Augsburg durch die Macht seiner Beredsamkeit die Begeisterung seiner Zuhörer entflammt hatte.

Der Vorsitzende des Zentrumswahlvereins, Herr Saniß, eröffnete und begrüßte die Versammlung, besonders den Herrn Reichstagsabgeordneten. Sodann brachte er ein Entschuldigungstelegramm des Herrn Freiherrn v. Schönberg-Thammenheim und das Schreiben des Herrn Oberst z. D. v. Pereira zur Kenntnis. Der Ehrenvorsitzende Se. Erlaucht Graf Schönburg-Glauchau hatte sich bei dem Vorsitzenden persönlich entschuldigt, da er an diesem Tage in Bayern wollte. Darauf gab der Vorsitzende einen kurzen Ueberblick über die Ziele der Zentrumsfraktion und wies den von liberaler Seite gemachten Vorwurf, das Zentrum sei eine antinationale und antimonarchische Partei, energisch zurück. Nach einem von der Versammlung begeistert aufgenommenen Hoch auf Kaiser und König erteilte der Vorsitzende dem Reichstagsabgeordneten Herrn Dr. Marx das Wort zu seinem Vortrage.

Der hochgeschätzte Redner gab seiner Freude Ausdruck, in Sachsens schöner Hauptstadt vor einer so zahlreichen Zentrumsversammlung sprechen zu können. Eine merkwürdige Eigenschaft wohne dem Charakter des Zentrums inne. Mag man vor einem Großstadtpublikum oder vor Landwirten, in einer an Arbeitern reichen Industriegegend oder in einer Sandelkempore sprechen, man braucht die Reden nicht zu forcieren und zu färben. Ueberall vertritt die Partei dieselben Lehren und Grundsätze, vielleicht nur eine andere wirtschaftliche Nuance auf dem Lande, eine andere in Industriestädten stärker betonend, und zwar nicht allein zum Wohle des kathol. Volksteiles, sondern zum Wohle des ganzen deutschen Vaterlandes und jedes einzelnen Bundesstaates. Unsere Grundsätze sind so hoch, daß wir folgen können, wenn nach unseren Grundsätzen die Weltpolitik und jene Deutschlands gestaltet würde, so würde es um diese gut stehen. Der Grund ist darin zu suchen, weil unsere Partei auf den Prinzipien des Christentums aufgebaut ist; diese aber geben jedem, was ihm gebührt, und geben keinem Rechte auf Kosten eines anderen. Dem Landwirt, der Industrie, dem Großhandel, auch dem Arbeiter geben wir das, was die Gerechtigkeit, gepaart mit Liebe, verlangt und zuläßt. Wir treiben nicht die Politik aus Selbstsucht, sondern um eines höheren Zieles willen, zur Wohlfahrt der Gesellschaft, weil das Zentrum auf religiösen Grundsätzen aufgebaut ist. Wir verkünden das Christentum, wenn wir unsere Politik verkünden.

Mit herrlichen Worten gedenkt Redner der großen Erinnerungen aus dem Kulturkampfe, der Gefangennahme des Kardinals Reichers zu Köln, der als Sträfling sich mit Strohflechten beschäftigten mußte, an die Begeisterung der Katholiken, die ohne Volksversammlungen aufstammte und auch die größte Schloßmühle aufrüttelte. Solche Tatsachen waren die glänzendsten Prediger. Jetzt ist die Zeit anders geworden. Scheinbar stehen wirtschaftliche Fragen in dem Vordergrund. Daß sie dennoch vom Standpunkte der Weltanschauung aus gelöst werden, beweist, daß man es offen im Stadtverordnetenkollegium zu Düsseldorf aussprach, es handle sich um die Weltanschauung, als man katholische Schwestern in den Krankenhäusern als Pflegerinnen ablehnte, und lieber zirka 150 000 bis 200 000 Mark mehr aus dem Stadtsäckel für weltliche Krankenpflegerinnen opferte. Sie Christentum, die Antichristentum ist jetzt die Parole, wie Caprioli es einst prophezeite. Es ist ein Glück, daß unsere liberalen Gegner noch immer als Christen sich fühlen, wenngleich ihre liberalen Grundsätze Christentumsfeindlich sind. Ein Sozialdemokrat sein, heißt

Gegner des Christentums sein. Wer das Gegenteil behauptet, ist ein Tor oder er belügt sich selbst, denn nach dem Ausspruche Heibels stehen Sozialdemokratie und Christentum sich gegenüber wie Feuer und Wasser. - Daß jetzt so viel vom schwarz-blauen Bloß gesprochen wird, ist eine Folge des ungeheuren Maßes der Voreingenommenheit gegen das Zentrum und des Kampfes gegen das Christentum. Die Gegner desselben treiben die christlichen Männer mit Gewalt zusammen. Es wird die Zeit kommen, wo Evangelische und Katholiken zusammenstehen werden, weil das Christentum in seinen Grundfesten im politischen und bürgerlichen Leben bedroht wird. Man bereitet einen Kampf gegen den sogenannten schwarz-blauen Bloß vor. Die nächsten Reichstagswahlen werden der Sozialdemokratie einen bedeutenden Aufschwung bringen. Ob die Herren nicht selbst mit geheimem Angstgefühl daran denken? Ich freue mich mit Ihnen, die Genossen an der Arbeit zu sehen. Denn dann heißt es, positive Erfolge erzielen, nicht bloß jede soziale Arbeit als Bleigewicht bei der Gesetzgebung zugunsten der arbeitenden Stände zu erschweren. Ich glaube nicht, daß ein Arbeiter durch die Anträge der Sozialdemokratie um ein halbes Brötchen fatter geworden ist. Anträge stellen ist sehr leicht. Wenn es nur darauf ankäme, so würde ich, wie ich in einer Versammlung erklärt habe, beantragen, daß jedem meiner lieben Wähler zum Frühstücke vom Vorkosten ein Hundertmarktschein gezahlt würde. Ein sozialdemokratischer Führer meinte: „Die Hauptsache ist Anträge stellen; ob sie verwirklicht werden, ist Sache der anderen Parteien. Wir legen los!“

Nachdem der geschätzte Redner dieses wahrheitsgetreue Bild von der Sozialdemokratie gegeben, nahm er den Liberalismus unter die Lupe. Mit heissem Spott zeigte er die Ueberhebung dieser Partei, die sich als die allein nationale bezeichnet und jede andere Partei bereits des Verfalls an der Nation geziehen hat. Den Liberalen wohnt der Eigendünkel inne, daß ohne sie Deutschland nicht bestehen könne. Wenn wir die liberalen Zeitungen der letzten zehn Jahre nachlesen, so finden wir, sobald es nicht nach dem liberalen Konzepte geht, daß Deutschland erregt und aufgeregter geschildert wird; Die Aufregerten sind aber nur die Nationalliberalen. Die „Alln. Zeitg.“ schilderte in den höchsten Tönen die Steuerfreudigkeit des deutschen Volkes. Als aber der Meck seinen Willen nicht durchsetzte, war die Steuerfreudigkeit dahin und Deutschland ruiniert. Nur eine Partei ist national gesinnt, es sind die Nationalliberalen. Alle anderen waren schon staatsfeindlich, wenn sie es wagten, anders zu denken als die Nationalliberalen. Solange diese die Reichsfinanzreform nach ihren Wünschen zu gestalten hofften, schlugten sie die indirekte Steuer vorlage willig, als aber der Finanznot des Reiches gegen den Bloß abgeholfen werden sollte, schimpften sie über alles.

Der deutsche Staatsbürger muß über die Reichsfinanzreform aufgeklärt sein. Wir wollen kurz darauf eingehen. Die nächsten Reichstagswahlen werden noch teilweise unter dem Einflusse der Finanzreform gemacht werden. Der Zankapfel war die Erbschaftsteuer. Was hier, besonders von der Sozialdemokratie, skandalös zusammengelogen wird, ist ungläublich. Auf einem Flugblatte ist ein Vergleich zwischen den europäischen Ländern bezüglich der Erbschaftsteuer gezogen und dabei Deutschlands Ergebnis mit Null bezeichnet worden. Dennoch wurde bereits im Jahre 1906 die progressive Reichserbschaftsteuer eingeführt. Die preußische Erbschaftsteuer wurde bereits in den 70er Jahren eingeführt. Ebenso besteht eine solche in den übrigen Bundesstaaten. Wir behaupten nicht, daß die Erbschaftsteuer nicht weiter ausgebaut werden könnte. Wenn jetzt der Neffe von einem Onkel eine Million erbt, so hat der Erbe 250 000 (25 Proz.) an das Reich an Steuern zu zahlen. Aber die Sozialdemokraten rechnen damit, daß der Vester nicht weiß, was in den Gesetzen enthalten ist. Das Zentrum hat nur die Erweiterung der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und auf Kinder abgelehnt. Sie wurde mit 55 Millionen in die Vorlage eingestellt. Die Finanzreform zerfiel in zwei Gruppen, in jene der Konsum- und jene der Besitzsteuern. Liberale Abgeordnete haben das Schlagwort geprägt: 400 Millionen Mark indirekte Steuern und 100 Millionen Mark Besitzsteuern. Damit gingen sie über die Forderungen der Regierung hinaus, die nur 375 Millionen Mark indirekte Steuern verlangte. Die Besitzsteuern sollten bestehen aus 75 Millionen durch Erbschaftsteuern, wovon 55 Millionen dem Reiche zufallen, und 25 Millionen durch Beiträge der Bundesstaaten. Der sogenannte schwarz-blauer Bloß dagegen bewilligte nur 310 Millionen indirekte Steuern, dagegen 110 Millionen durch Steuern auf den Besitz (außer 25 Millionen Mark Patrimonialbeiträgen). Wenn das Volk also 90 Millionen weniger Steuern auf den

Sodann kommt Redner auf das Arbeitskammergesetz zu sprechen und erörtert die beiden schwierigen Punkte, welche die Regierung als nicht annehmbar bezeichnet hatte. Wenn die Unterstellung der Eisenbahnarbeiter unter das Gesetz als unannehmbar bezeichnet wurde, so haben wir hierfür Verständnis und billigen es, denn auch wir wünschen nicht, daß diese Arbeiterklassen in die großen sozialen Streitfragen eingezogen werden. Warum sollen aber die Arbeitersekretäre nicht den Kammer angehören können? Der Arbeiterstand legt deshalb den größten Wert darauf, die Arbeitersekretäre als Vertreter wählen zu dürfen, weil er dann auf gute Arbeitskammern hofft. Das gesamte Zentrum ist geschlossen für diese Bestimmung eingetreten und wird lieber das ganze Gesetz aufgeben als diese scheitern lassen.

Redner kommt sodann auf die Auflösung des Reichstages im Jahre 1906 zu sprechen, motiviert sie durch den Haß gegen das Zentrum und wendet sich dann der Schuldenlast des Deutschen Reiches in Höhe von 4 Milliarden Mark zu. Der deutsche Wähler selbst hat die Parteien in den Reichstag geschickt, die alle Forderungen bewilligten. Nur dadurch konnten die Schulden eine so hohe Summe erreichen. Redner warnt, sich von nationalliberalen Phrasen einfließen zu lassen. Man soll selbst erwägen und das Wohl der Gesamtheit mit dem Wohle des einzelnen im Einklang bringen. Jeder Tag der Verzögerung bei dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform kostete dem Reiche 1 1/2 Millionen Mark.

Redner kommt sodann auf die Hindernisse zu sprechen, die einem größeren Verständnis der einzelnen Parteien entgegenstehen und betont besonders, daß die Vorurteile gegen das Zentrum verdrängen müßten. Unseren evangel. Mitbürgern müssen wir darin auf das äußerste entgegenkommen, da sie die Vorurteile gegen das Zentrum von Jugend an in sich aufgenommen haben. Es müsse nach und nach der Vorwurf verschwinden, daß das Zentrum eine antinationale Partei sei. Die ganze Reichsgesetzgebung beweist, wie ungerechtfertigt dieser Vorwurf sei; das Zentrum habe an der sozialen Gesetzgebung, an der Schlagfertigkeit von Meer und Marine, am Zolltarif die Hauptarbeit mitgeliefert. Dem gemeinsamen Feinde wollen wir beide Konfessionen Schulter an Schulter entgegenreten. Aber auch unsere Ansprüche müssen berücksichtigt werden. Ich erinnere bloß an die Vorgänge in Weichselburg, wo anlässlich der Fronleichnamspredigt Gen darmen verhindern mußten, daß ja kein fremder Arbeiter dem Gottesdienste beiwohne. Diese und andere Fälle warfen bei der Beratung des Toleranzantrages ein schlechtes Licht auf die Intoleranz der Gesetzgebung in manchen Bundesstaaten. Auch selbst der Mann, der unserer Partei nicht angehört, muß zugeben, daß die Verletzung der heiligsten Empfindungen im Herzen nicht der rechte Weg ist, um gute Bürger zu erziehen. Hier werden Werte zerstört, die der Staat einmal bitter nötig haben wird angesichts der Vorgänge in Roabit. Es gibt so vieles, was uns das Dasein im Vaterlande erschwert. Wir sind oft schlecht behandelt worden von der Regierung. Wenn wir trotzdem treue Staatsbürger sind, so sind wir es wegen unseres Gewissens aus Pflichtgefühl. Wer getreten wird, für den ist es aber oft schwer, seine Pflicht zu tun.

Auch hier in Sachsen hat das Zentrum feste Wurzeln gefaßt. Ihre Treue wird belohnt werden. Es sollte keinen Zentrumsmann geben, der nicht auch dem Zentrumswahlverein angehört. Wir müssen auch nach außen hin eine geschlossene Macht darstellen, die einst das Jünglein an der Waise sein kann. Unsere katholische Presse, die „Sächsisch-Völkische Volkszeitung“, soll sich im Besitze eines jeden Zentrumsmannes finden. Redner wendet sich sodann an die anwesenden Frauen mit der Aufforderung, im Kampfe gegen die

er in...  
koffen...  
sche...  
lagen...  
len...  
ther...  
andagist...  
R...  
aterplatz...  
el...  
quelle...  
gr. Ger...  
id...  
mann...  
16, 2...  
'S...  
tuben...  
adt...  
abe 11...  
h...  
ffest...  
tag...  
nds...  
mit...  
löben...  
nd...  
nds...  
n.Klob...  
c das...  
zbräu...  
kol...  
Pfg...  
rhalt...  
fest!!!...  
hof...  
Spargasse...  
itr frei...  
Engelke...  
d frei...  
lachte...  
ts...  
on...  
preisen...  
den...  
ndstüd...  
ste...  
ager...  
old...  
und...  
301...  
zig...  
estr...  
enn Sie...  
aben...  
6.50 M...  
7.00...  
7.00...  
9.50...  
olnster...  
abe 17...  
hant...